

Juni

2024

SOVD *Magazin*

Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland

Mitentscheiden über Europa

Sonderausgabe zur Wahl am 9. Juni

Foto: MNStudio / Adobe Stock

Vom 6. bis zum 9. Juni wählen die Bürger*innen der Europäischen Union das Europäische Parlament. Die Herausforderungen, die die EU zu meistern hat, sind groß: Ukraine-Krieg, Migration, Klimawandel, Energiekrise und Inflation. Mehr denn je brauchen wir gerade jetzt ein starkes und geeintes Europa – in dem Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches und demokratisches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt die Grundlagen der Gemeinschaft der 27 Mitgliedsländer bilden.

Leider haben rechtspopulistische, fremden- und minderheitenfeindliche Kräfte europaweit Zulauf. Das lässt sich nicht beschönigen. Bei uns in Deutschland ist es die AfD, die die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft infrage stellt. Rechtsextreme und ausgrenzende Parolen sind fester Bestandteil ihrer Parteiprogrammatik. Oft versprechen sie vermeintliche Lösungen für die Sorgen der Menschen, säen stattdessen aber nur Zwietracht und Hass. Jetzt kommt es darauf an, wie sich jede*r Einzelne verhält. Überlassen wir – wie damals im dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte – antidemokratischen Kräften das Feld, berauben wir uns unserer Werte und vergiften unser friedliches Miteinander. Autoritäre Regierungen und rechtsradikale Parteien dürfen nicht die Politik Europas bestimmen!

Bitte gehen Sie am 9. Juni zur Wahl und entscheiden Sie sich für eine proeuropäische Partei und gegen die AfD!

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende



Wichtiges zur EU

Was steckt hinter der Politik aus Straßburg, Brüssel und Co.?

Seite 4–11



Forderungen zur Wahl

SoVD tritt für ein soziales, friedliches, solidarisches und demokratisches Europa ein

Seite 20–25

„Solidarität ist wichtig“

Interview mit dem Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke.

Seite 30–35



AfD ist nicht wählbar

SoVD bekennt sich klar zu Werten wie Solidarität und Toleranz.

Seite 46–53

Europawahl 2024: Die EU ist komplex – über wichtige Fragen entscheidet das Parlament

Politik aus Straßburg, Brüssel & Co.

Am 9. Juni ist Europawahl. Insgesamt 400 Millionen wahlberechtigte Bürger*innen der Europäischen Union (EU) können über 705 Sitze im Europäischen Parlament (auch kurz „Europaparlament“ oder „EU-Parlament“ genannt) abstimmen. Doch die EU scheint vielen kompliziert und abstrakt. Parlament, Rat, Kommission – was ist was? Und warum sollte man wählen? Das Wichtigste ist hier kurz erklärt.



Foto: Diliff/wiki commons CC BY-SA 3.0

Der Plenarsaal in Straßburg. Die Abgeordneten stimmen über wichtige Belange für den Alltag der EU-Bürger*innen ab.

Für Demokratie, Frieden und Stabilität, auch in Krisen, sind gemeinsame Werte wichtiger denn je. „Wir müssen die Chance nutzen, ein Europa zu errichten, das den sozialen Zusammenhalt fördert und so rechten Spaltern den Wind aus den Segeln nimmt!“, sagt SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. „Ein soziales Europa zeichnet sich durch Mindeststandards bei sozialstaatlichen Leistungen sowie durch eine sozialverträgliche Klimapolitik und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur aus. Dabei müssen auch Superreiche und Krisenprofiteure mithilfe einer angemessenen Besteuerung in die Pflicht genommen werden.“

Hier kann man mitbestimmen. Die EU hat sieben zentrale Organe. Entscheiden können die Bürger*innen „nur“ über das Parlament – oder eher „sogar“. Denn es ist das einzige direkt gewählte Organ aller überstaatlichen Institutionen der Welt.

Europäisches Parlament trifft Entscheidungen für alle

Das Parlament ist die Bürgerkammer. Zusammen mit dem Ministerrat bildet es die Legislative. Es beschließt

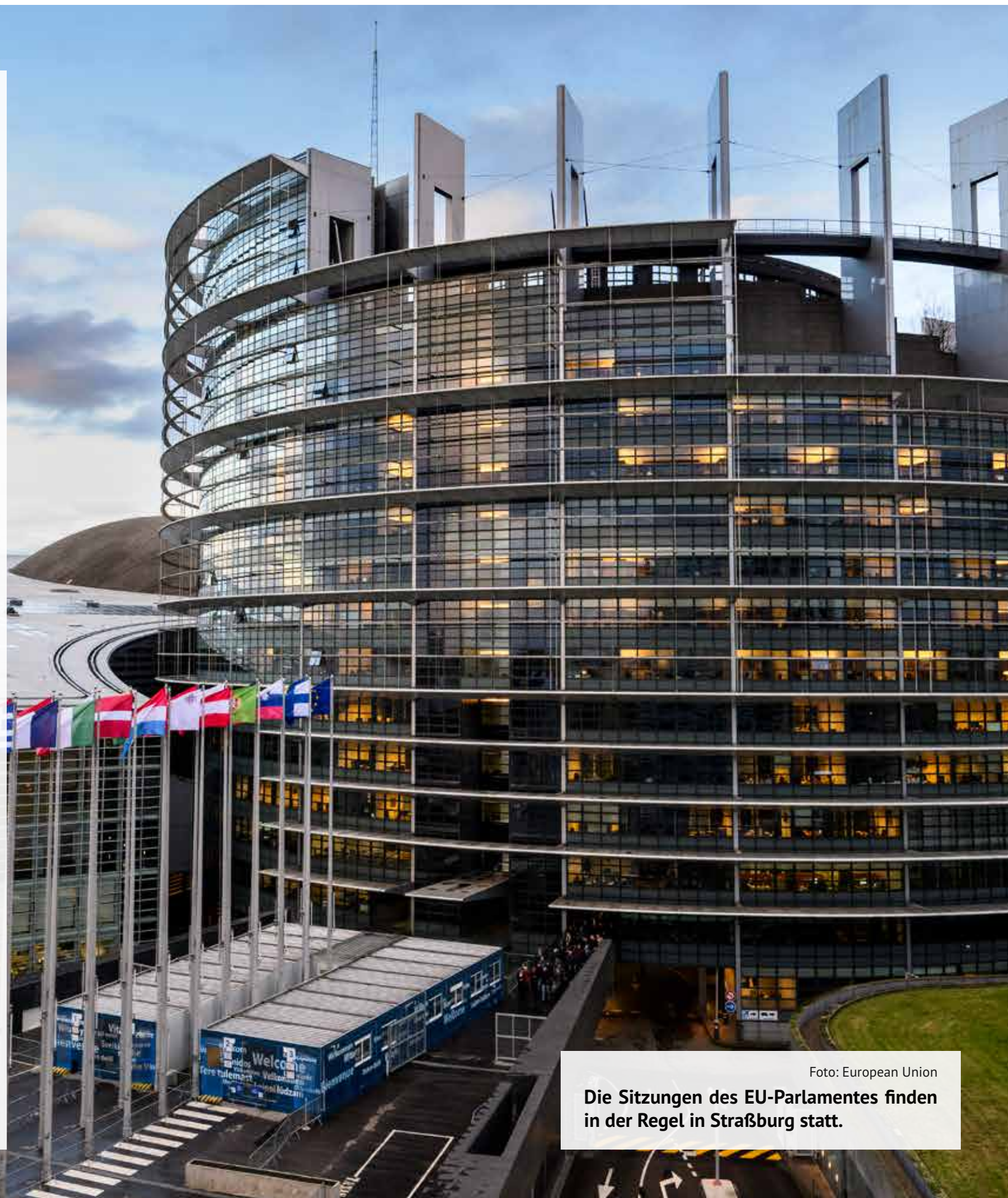


Foto: European Union

Die Sitzungen des EU-Parlamentes finden in der Regel in Straßburg statt.

Gesetze sowie Haushalt und kontrolliert andere Organe. Sein Sitz ist Straßburg (Frankreich), das Generalsekretariat in Luxemburg; in Brüssel (Belgien) tagen Ausschüsse, Fraktionen und nur manchmal das Plenum.

Dieses entscheidet über wichtige Fragen, die das Leben aller in der EU beeinflussen. Zudem wählt es – auf Vorschlag des Europäischen Rates – den*die Kommissionspräsident*in, also den*die „Regierungschef*in“.

Seit dem Brexit gibt es nur noch 705 statt 751 Sitze. Deutschland wählt 96 davon. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) bekommen ihre Plätze und Fraktionen nicht nach Staatsangehörigkeit zugewiesen, sondern nach ähnlichen politischen Ansichten. Derzeit gruppieren sich die Parteien in sieben Fraktionen. Einige Abgeordnete sind fraktionslos.

Die Parlamentspräsidentschaft wechselt alle zweieinhalb Jahre, aktuell amtiert Roberta Metsola aus Malta (Partit Nazzjonalista, konservativ-christdemokratische Fraktion).

Sechs weitere zentrale EU-Organen im Überblick

Die „Ministerrat“ oder nur „Rat“ genannte Länderkammer, der Rat der Europäischen Union, ist der zweite Teil der Legislative und zuständig für Gesetze und Haushalt. Hier stimmen die Außen- oder Fachminister*innen der Länder die Wirtschafts-, Sozial-, Außen- und Sicherheitspolitik ab. Halbjährlich wechselt der Vorsitz. Sitz ist Brüssel.

Ähnlich klingt der Europäische Rat, ist aber die „Chefrunde“. In Brüssel treffen sich die Staats- und Regierungschef*innen zu Gipfeln. Sie geben Impulse und legen Ziele, Prioritäten und Strategien fest. Ihren Vorsitz wählen sie auf zweieinhalb Jahre.

Die Europäische Kommission ist die Exekutive, die Regierung. Nur sie kann dem Parlament und dem

Ministerrat Gesetze vorschlagen. Sie setzt Politik und Verträge um. Jedes Land sendet eine*n Kommissar*in nach Brüssel. Kommissionspräsidentin ist seit 2019 Ursula von der Leyen aus Deutschland (CDU).

Der Europäische Gerichtshof ist die Judikative. Er sichert, dass EU-Recht einheitlich ausgelegt wird. Jeder Staat ernennt eine*n Richter*in. Sitz ist Luxemburg.

Der Europäische Rechnungshof in Luxemburg kontrolliert die Finanzen. Er prüft unabhängig die Einnahmen und Ausgaben aller EU-Institutionen.

Die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main legt mit den nationalen Zentralbanken die Währungspolitik fest.

Zu diesen sieben Organen kommen viele weitere Institutionen. Der Europäische Auswärtige Dienst etwa vertritt die EU nach außen.

Foto: Lena Wurm / Adobe Stock
In Brüssel kommen die Ausschüsse des EU-Parlamentes zusammen.

Daten zur Europäischen Union



Vorläufer der Europäischen Union (EU) von 1992 waren 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und 1967 die Europäische Gemeinschaft (EG).

Erst ging es nur um Wirtschaft. Heute gibt es auch gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Sozialpolitik und Kooperation bei Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Digi-

talisation. Die Verträge gelten überstaatlich; Länder tauschen vielfach ihr Recht auf nationalen Entscheid gegen das Recht, EU-weit mitzubestimmen.

Mehr Daten:

- 27 der 47 Länder Europas sind aktuell in der EU. 1992 waren es sechs: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

- Währungs- und Wirtschaftsunion: 20 Staaten.

- Die EU hat rund 450 Millionen Einwohner*innen.

- Ihr Binnenmarkt ist der größte Wirtschaftsraum der Welt. Er hat 23 Millionen Betriebe, ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 14,5 Billionen Euro (2021) und 56 Millionen Arbeitsplätze im Binnenhandel.

Grafik: gopixa / Adobe Stock

- Vier Freiheiten: freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital im EU-Gebiet.

- Bürger*innen dürfen überall in der EU leben und arbeiten. 17 Millionen leben in anderen Ländern – so viele wie nie. 2,8 Millionen arbeiten in Deutschland.

- Bis 2050 will die EU klimaneutral sein.

Europawahl am 9. Juni: erstmals Wahlrecht ab 16 Jahren – viele Aktionen der SoVD-Jugend

Auf EU-Ebene junge Perspektiven einbringen

Alle fünf Jahre sind in der Europäischen Union (EU) Wahlen zum Europäischen Parlament, kurz Europaparlament. Dieses Jahr vom 6. bis zum 9. Juni ist es in allen EU-Staaten wieder so weit. Deutschland wählt am 9. Juni seine 96 Abgeordneten. Erstmals dürfen hier auch Jüngere mitmachen: Das aktive Wahlrecht ab 16, eine langjährige Forderung der Jugend im SoVD, ist auf EU-Ebene nun Realität. Alle sollten es nutzen, meint die SoVD-Jugend. Sie wirbt bei jungen Menschen dafür, ihre Sicht einzubringen.



Foto: Kzenon / Adobe Stock

16-Jährige können hierzulande nun das EU-Parlament mitwählen.

Der Bundestag änderte im November 2022 das Europawahlrecht und senkte das aktive Wahlalter von 18 auf 16 Jahre. Selbst kandidieren kann man weiterhin erst ab 18. Auch in Belgien, Malta und Österreich wählt man ab 16, in Griechenland ab 17. In den übrigen Ländern muss man 18 sein. Ab 16 wählen dürfen in Deutschland aber nicht nur Deutsche, sondern auch Angehörige anderer EU-Staaten, die sich hier aufhalten.

Europäische Jugendpolitik aktiv mitgestalten

In der EU leben rund 47 Millionen Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren. In Deutschland sinkt ihre Zahl stetig, zuletzt waren es laut Statistischem Bundesamt gut 8,3 Millionen – nur zehn Prozent der Bevölkerung. „Gerade darum ist es wichtig, dass sie sich für ihre Interessen und ihre Zukunft starkmachen!“, so SoVD-Bundesjugendvorsitzender Sebastian Freese. Vor allem Inklusion und Barrierefreiheit in Alltag, Bildung und Job liegen dem SoVD jugendpolitisch am Herzen. Auch mit Pandemiefolgen kämpfen junge Menschen –



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

ganz besonders die mit Behinderungen.

Das und mehr ist auch auf EU-Ebene wichtig, obwohl Jugendpolitik national festgelegt wird. Die EU will zusammenarbeiten: Sie hat seit 2019 eine „Jugendstrategie“ mit den Schwerpunkten Beteiligung, Begegnung und Befähigung. Einbringen kann man sich im „EU-Jugenddialog“ über Umfragen, Konferenzen und Projekte.

Postkarten-Aktion ruft Jüngere zur Wahl auf

Da nun zudem auch Wählen die junge Perspektive stärkt, wirbt die SoVD-Jugend dafür mit mehreren Aktionen. So plant sie unter anderem, im März allen Mitgliedern zwischen 16 und 22 Jahren per Post und digital eine Karte zu schicken: „Deine Stimme. Deine Zukunft. Geh wählen.“ Ein QR-Code führt zur SoVD-Themenseite mit mehr Infos.

Wahlhilfebroschüre in Leichter Sprache

Viele wählen jetzt zum ersten Mal. Wie und worum es geht, darf

Foto: Daniel Ernst/Adobe Stock

dabei keine Hürde sein. Darum gibt die SoVD-Jugend auch wieder ihre Wahlhilfebroschüre „Wählen ist einfach! Die Europawahl“ heraus. Darin ist alles anschaulich erklärt, in Leichter Sprache und mit Abbildungen. So können es auch Menschen verstehen, die Probleme mit der Schriftsprache oder andere Einschränkungen haben.

Kurzes Video fürs Internet zum Weiterverbreiten

Einige Wochen vor der Wahl spricht der Bundesjugendvorstand junge Menschen über Youtube und andere soziale Medien an. Ein Kurzvideo zeigt: Wählen ist wichtig! Wer seine Stimme verschenkt, stärkt Kräfte am rechten Rand. Der SoVD erklärt darin auch, warum die EU in Brüssel und Straßburg Fragen behandelt, die auch für die Jugend in Deutschland relevant sind.





SOVD



**Deine Stimme
Deine Zukunft
Geh wählen***

* Europawahl am 9. Juni 2024

SoVD tritt für ein soziales, friedliches, solidarisches und demokratisches Europa ein

Forderungen zur Europawahl

Am 9. Juni sind Wahlen zum Europäischen Parlament. Das trifft Entscheidungen, die alle Menschen in der EU betreffen. Dabei dürfen soziale Belange nicht ins Hintertreffen geraten – auch mit Blick auf Krisen und Ungleichheiten. Darum veröffentlicht der SoVD zur Wahl ein Papier mit zwölf Forderungen.

Foto: DisobeyArt/Adobe Stock
Probleme sind lösbar, wenn Länder und Menschen zusammenhalten.



Krisen hatte die EU zuletzt genug zu bewältigen: Corona-Pandemie, Energiekrise und Inflation, Auseinandersetzungen um Migrationspolitik und Rechtsstaatlichkeit. Auch Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel sind Probleme, die die Mitgliedstaaten europäisch lösen müssen. Dazu kommt der Klimawandel. Er verstärkt soziale Ungleichheit, und nicht sozial gedachte Schutzmaßnahmen lösen Existenzängste aus. Sozialpolitisch etwas getan hat sich seit der letzten Wahl vor fünf

Foto: Alessandro Biascioli / Adobe Stock

Jahren aber durchaus. Die „Europäische Säule Sozialer Rechte“ kam voran, etwa mit der EU-Mindestlohnrichtlinie. Auch der neue EU-Schwerbehindertenausweis ist ein gutes Beispiel.

Der SoVD ist überzeugt, dass die EU Herausforderungen weiterhin nur gemeinsam bewältigen kann. Seine Vision ist ein soziales, friedliches, solidarisches und demokratisches Europa, in dem alle zusammenhalten und das niemanden zurücklässt.

Daher fordert der Verband:

1. (Junge) EU-Bürger*innen besser beteiligen: Erstmals dürfen 16-Jährige wählen. Doch EU-Politik muss generell greifbarer und transparenter werden.
2. EU-Mindeststandards ausbauen – vor allem bei der sozialen Sicherung, etwa gegen Armut oder Arbeitslosigkeit.
3. Finanzierung für Soziales sicherstellen: Solidarität darf nicht an Grenzen enden. Unter anderem ist der Europäische Sozialfonds Plus zu verlängern.
4. Europäische Steuergerechtigkeit herstellen: Schlupflöcher für Konzerne schließen, Übergewinnsteuer und EU-Finanztransaktionssteuer einführen.
5. Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen und gute Arbeitsbedingungen für alle schaffen.
6. Fachkräfte sichern – Freizügigkeit und Mobilität fördern.

Foto: Alessandro Biascioli / Adobe Stock

7. Regelaltersgrenze bei der Rente nicht an die Lebenserwartung koppeln: Alterssicherung darf sich nicht verschlechtern.
8. Arzneimittelpreise angemessen gestalten und Lieferengpässe verhindern.
9. Inklusion über Grenzen hinweg verwirklichen: durch Barrierefreiheit überall.
10. Gewalt gegen Frauen verhindern: Neben der EU-Richtlinie muss die Istanbul-Konvention greifen. Bei Geschlechtsverkehr muss gelten: „Nur Ja heißt Ja!“
11. Klima- und Umweltschutz sozial gerecht gestalten: Folgen bei Ärmeren abfedern, damit alle ökologisch leben können.
12. Menschenrecht auf Asyl vollumfänglich gewährleisten: zusammenhalten, Geflüchtete fair verteilen und integrieren, Fluchtursachen bekämpfen.

SoVD stellt die Kandidat*innen demokratischer Parteien auf die Probe

Das sind die Positionen der Parteien zur Europawahl

In den letzten Jahren haben sich viele wichtige politische Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagert. Themen wie Migration, Klima und Sicherheit bestimmen derzeit die öffentliche Diskussion und dürften auch eine wichtige Rolle bei der anstehenden Wahl spielen. Zu diesen wie auch weiteren Inhalten hat der SoVD daher die demokratischen Parteien mit den Standpunkten des Verbandes konfrontiert und sie zu ihren jeweiligen Positionen befragt.



Foto: PhotoGranary / stock.adobe

Zwischen den Stühlen – für welche Inhalte stehen die Parteien?

Jetzt SoVD-Mitglied werden



Interview mit dem Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke

„Solidarität ist wichtiger denn je“

Ukraine-Krieg, Inflation, Folgen der Migration und weitere Krisenlagen: Vor der Europawahl 2024 hat sich gegenüber 2019 nicht nur die Situation verändert, sondern auch die Stimmung. Darüber sprach „SoVD – Soziales im Blick“ mit dem Politikwissenschaftler und Juristen Albrecht von Lucke, Redakteur der Monatsfachzeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“.



Foto: Tobias Tanzyna

Albrecht von Lucke

Foto: Anela / peopleimages.com / Adobe Stock

Eine stabile, starke und soziale EU, die niemanden zurücklässt, schützt den Frieden und die Sicherheit auf dem Kontinent.

___ Was ist jetzt anders als bei der letzten Europawahl?

Neu ist vor allem, dass sich die gesamte globale und damit auch europäische Lage fundamental verändert hat. Befanden wir uns 2019 noch in einer Konjunktur grünen Denkens, sind wir gegenwärtig in einem Rollback des Regressiven, des Reaktionären. Deshalb sind gewaltige Zuwächse für die Rechtsparteien zu erwarten.

___ Ist auch das Thema „Krieg und Frieden“ wichtiger? Welche Sorgen haben die Menschen?

Dass der Krieg am 24. Februar 2022 in Europa Einzug gehalten hat, hat alles verändert. Krieg ist eigentlich das große Thema!

Aber das Erstaunliche ist, dass der Rechtsruck in ganz Europa von innenpolitischen Themen dominiert ist. Da spielt die Bewältigung der Migration immer noch eine große Rolle, auch bei uns. Der Aufstieg der AfD hängt maßgeblich davon ab, dass sie das Thema Migration bespielt – und dass es so schwer ist, eine gesamteuropäische Lösung zu finden. Von rechts wird die Angst

Foto: belyaaa / Adobe Stock

der Menschen ausgebeutet: Angst vor dem Verlust eigenen Wohlstands, eigener Lebenschancen.

Der Krieg ist hingegen etwas, was Europa eher spaltet. Weil wir weite Teile haben, die transatlantisch geprägt sind und eine weitere Unterstützung der Ukraine wünschen, aber andere Teile Europas wie Ungarn und die Slowakei Richtung Russland tendieren. Und auch durch die einzelnen Staaten geht diese Spaltung.





___ Gibt es etwas, was die Stimmung derzeit prägt?

Der Zeitgeist ist dramatisch rechts. Jedenfalls nicht mehr global geöffnet. Das ist ein Rückschritt zu dem, was man nach '89 erwartet hatte: Weltoffenheit und eine friedliche Ausrichtung. Europa als „das“ Friedensprojekt fällt eher zurück in eine Zeit nationaler Identitäten. Wir erleben so etwas wie das Ende der Hoffnung auf europäische Solidarität. Und das fatalerweise in einer Zeit, in der diese Solidarität wichtiger wäre denn je! Gerade vor dem Hintergrund nicht nur des russischen Angriffskrieges, sondern auch, weil mit Donald Trump möglicherweise am 5. November die USA sich von Europa verabschieden könnten.

___ Wirkt sich das darauf aus, wie wichtig man die Wahl findet?

Diese Europawahl könnte von einer Polarisierung und Politisierung der

gesamten Bevölkerung auch profitieren. Dass eine rechte Bewegung im Lande ist, führt ja dazu, dass auch die linke Seite mobilisiert. Wir sind also wieder in weit politischeren Zeiten als früher.

___ Welche Rolle spielt dabei denn in Deutschland die Sicherheit, auch die soziale?

Sicherheit ist das absolut entscheidende Wahlthema! Übrigens in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik. Klassischerweise kommt es hier gerade auf die soziale Sicherheit an. In Krisenzeiten wie diesen ist aber das Protestverhalten stärker. In dem Maße, in dem die Frustration über die politische Lage und die Regierung wächst, wächst auch der Zug zu den Populisten und Rechtsradikalen, die eine Wende versprechen. Deswegen ist die Sicherheitsfrage so entscheidend.

Foto: European Union

Blick in das EU-Parlament in Brüssel.

Wissenswertes vor dem Termin am 9. Juni

Tipps zum Wahlablauf

Wer ins Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält automatisch per Post eine Wahlbenachrichtigung. Ist sie drei Wochen vor der Europawahl nicht da, sollte man die Gemeindebehörde kontaktieren.

Auf der Benachrichtigung stehen das Wahllokal und Infos zur Barrierefreiheit. Ist der Raum nicht barrierefrei, können Menschen mit Behinderungen woanders wählen, müssen das aber beantragen. Möglich ist, eine Vertrauensperson mitzunehmen. Blinde und Sehbehinderte können für den Stimmzettel eine Schablone nutzen, erhältlich bei den Landesvereinen des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes e.V. (DBSV), Tel.: 01805 / 66 64 56. Eine weitere Hilfe bietet die Broschüre „Wählen ist einfach“ der SoVD-Jugend. Darin ist alles in Leichter Sprache erklärt.

Wahlberechtigt am 9. Juni sind in Deutschland, schätzt das Statistische Bundesamt, etwa 60,9 Millionen Deutsche – erstmals ab 16 Jahren. Dazu kommen hier lebende Bürger*innen anderer EU-Staaten, Schätzungen gehen bis rund 4,1 Millionen. Umgekehrt können Deutsche, die im EU-Ausland leben, unter Umständen dort abstimmen. Man muss sich zwischen Herkunfts- und Wohnland entscheiden, darf nicht doppelt wählen. Auch Briefwahl muss man beantragen: bis zum 7. Juni, entweder online oder die Rückseite der Wahlbenachrichtigung ausfüllen und absenden – oder persönlich im Rathaus.

Foto: PhotoSG / Adobe Stock

Wer nicht persönlich wählen gehen kann oder möchte, sollte rechtzeitig die Briefwahl beantragen.

Brandmauer – Demonstrationen für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft

Der SoVD kämpft für Solidarität und Vielfalt

Die Umfragewerte zu Beginn des Jahres waren beängstigend: Rechtspopulistische, fremden- und minderheitenfeindliche Kräfte hatten großen Zulauf. Gleichzeitig zeigte sich, wie wertvoll unsere Demokratie ist: Hunderttausende gingen auf die Straße. Sie bildeten eine Brandmauer gegen rechts und stellten sich gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung.



Foto: SoVD Varrel
SoVD-Mitglieder beim Protest am 12. Februar im niedersächsischen Twistringen.

Auch viele Hunderte SoVD-Mitglieder aus den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden und dem Bundesverband waren unter den Demonstrierenden. Als starke Gemeinschaft steht unser SoVD für Solidarität, Toleranz und Zusammenhalt, für Frieden und die demokratische Grundordnung. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt! Für diese Werte engagiert sich der Verband seit über 100 Jahren.



Foto: SoVD

Auch in der Hauptstadt zeigte der SoVD Flagge.



Wir haben uns der Brandmauer
angeschlossen, weil ...
Art. 1, Grundgesetz: Die Würde
des Menschen ist unantastbar.
#WirSindDieBrandmauer
www.sovd.de
Sozialverband Deutschland SOVD

Starke Unterstützung gibt
Menschen die Kraft, auch
andere stark zu machen.
TAFEL

DEUTS
Lebensmittel
rette
Mensche
helfen

Foto: SoVD
Mit klarer Botschaft: SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (li.) und Sirkka Jendis, Geschäftsführerin der Tafel.



Foto: Johannes Schraps

Gemeinsam gegen Nazis – dafür traten SoVD-Mitglieder bei einer Demonstration in Holzminden (Niedersachsen) ein.

SoVD bezieht im Vorfeld der Europawahl eindeutig Stellung

Die AfD ist nicht wählbar – auch nicht aus Protest

Der SoVD setzt sich seit seiner Gründung vor über 100 Jahren für solidarische und freiheitliche Rechte, gegen Diktatur und Rechtsextremismus ein. In der AfD werden rechtspopulistische, fremdenfeindliche und rechtsextreme Positionen vertreten und Rechtsextremisten geduldet.



Grafik: Rick / Adobe Stock

Die Gründungsmitglieder des heutigen SoVD wurden unter den Nazis verfolgt, erlebten Hass und Anfeindungen. Auch mit Blick auf die eigene Geschichte bleibt der Verband daher Werten wie Solidarität und Toleranz verpflichtet.

Grafik: Rick / Adobe Stock

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat Mitte Mai die Einstufung der AfD sowie die Jugendorganisation Junge Alternative (JA) als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) noch einmal bestätigt. Bernhard Sackrendt, Vorsitzender des SoVD-Verbandsrates erklärt: „Dies ist mit den Werten unseres Verbandes wie Toleranz und Solidarität unvereinbar. Aber es geht uns dabei nicht um programmatische Unterschiede. Denn eine ganze Reihe von Positionen des SoVD werden von verschiedenen Parteien nicht geteilt. Die AfD ist aber keine Partei im demokratischen Parteienspektrum von Rechts bis Links. Denn Ziel der AfD ist die Beseitigung der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung. Aber schon das Grundgesetz sagt: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘ Für alle demokratisch wählbaren Parteien hat das Grundgesetz in Stein gemeißelt zu sein.“





Grafik: Rick/Adobe Stock

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland



Grafik: Rick / Adobe Stock

Die AfD geht in ihrer Programmatik davon aus, dass es ein homogenes Volk gebe und sie wertet die Menschen ab, die mangels „deutscher Identität“ nicht dazugehören könnten. Für den Sozialstaat leitet die AfD daraus ab, dass gegenseitige Hilfe und Solidarität auf Personen „innerhalb unseres Volkes“ beschränkt werden sollte.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier macht daher mit allem Nachdruck deutlich: „Vor diesem Hintergrund ist die AfD aus unserer tiefsten Überzeugung nicht wählbar – auch nicht aus Protest. Wir – als ein Verband, der sich 1933 unter dem Druck der Nazis auflösen musste und dessen Gründer im Konzentrationslager von Nazis ermordet wurde – rufen daher alle Menschen in unserem Land auf: Bildet ein Bündnis für Deutschland, geht eine demokratische Partei wählen – aber wählt nicht die AfD!“

Mit spitzer Feder



Impressum

Das Online-Magazin erscheint in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es ausschließlich online unter www.sovd.de sowie über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovde.de, Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Eva Lebenheim, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner.